

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0050/2020/BV**

Datum:  
03.02.2020

Federführung:  
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:

Betreff:

**Resolution des Heidelberger Gemeinderates zur  
Unterstützung von Herrn Altstadtrat Memet Kilic  
bezüglich des in der Türkei laufenden  
Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung**

## Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien  
beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 20. Februar 2020

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	13.02.2020	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution:*

*„Für den Gemeinderat der Stadt Heidelberg ist es nicht akzeptabel, wie gegen ein langjähriges ehemaliges Mitglied des Gemeinderates, des Ausländer- und Migrationsrates und des Deutschen Bundestages in der Türkei vorgegangen wird. Es ist nichts erkennbar, was ein Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung oder sogar einen Fahndungsbefehl rechtfertigt.*

*Herr Kilic hat seine politische Meinung geäußert, dies ist in unserem Rechtsstaat durch das Grundgesetz gedeckt.*

*Wir versichern unsere volle Solidarität mit Herrn Kilic und bitten die Bundesregierung, mit Nachdruck sich für Herrn Kilic einzusetzen und bei den zuständigen türkischen Stellen entsprechend zu intervenieren.“*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
keine	
<b>Einnahmen:</b>	
keine	
<b>Finanzierung:</b>	
keine	
<b>Finanzierung:</b>	
keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

In der Vorlage soll eine Resolution zur Unterstützung des Altstadtrates Memet Kilic bezüglich des in der Türkei laufenden Gerichtsverfahrens wegen Präsidentenbeleidigung beschlossen werden.

## Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2020

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 13.02.2020:

### 24 **Resolution des Heidelberger Gemeinderates zur Unterstützung von Herrn Altstadtrat Memet Kilic bezüglich des in der Türkei laufenden Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung**

Beschlussvorlage 0050/2020/BV

Als Tischvorlage ist ein **Antrag** der AfD (siehe Anlage 01 zur Drucksache 0050/2020/BV) verteilt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Resolution wird nach dem letzten Absatz wie folgt ergänzt:

Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, gesetzgeberisch tätig zu werden, um Mehrstaatigkeit – sofern es sich um einen Nicht-EU-Staat handelt – weitestgehend zu reduzieren und als Ausnahme- statt als Regelfall zu behandeln.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner erklärt hierzu, der Antrag habe nichts mit dem Resolutionsgegenstand zu tun und sei nicht zulässig, er werde insofern auch nicht zur Abstimmung gestellt.

Stadtrat Geschinski bittet um schriftliche Begründung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sagt eine schriftliche Darlegung der Gründe der Unzulässigkeit des Antrages zu.

Nach kurzem Meinungsaustausch, in dem sich die Stadträte Geschinski, Eckert, Butt und Stadträtin Kızıldaş zu Wort melden, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur Abstimmung:

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen**

Stadtrat Geschinski gibt zu Protokoll, es gehe der AfD nicht um die Meinungsäußerung des Herrn Kilic an sich. Das Problem sei im Staatsbürgerschaftsrecht begründet.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz gibt zu Protokoll, er sei sich der Einschätzung des Oberbürgermeisters hinsichtlich des AfD-Antrages nicht sicher. Zudem bedauere er es, dass er ihm die Möglichkeit genommen habe, gegen den besagten Antrag zu stimmen.

### **Beschluss des Gemeinderates:**

*Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution:*

*„Für den Gemeinderat der Stadt Heidelberg ist es nicht akzeptabel, wie gegen ein langjähriges ehemaliges Mitglied des Gemeinderates, des Ausländer- und Migrationsrates und des Deutschen Bundestages in der Türkei vorgegangen wird. Es ist nichts erkennbar, was ein Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung oder sogar einen Fahndungsbefehl rechtfertigt.“*

*Herr Kilic hat seine politische Meinung geäußert, dies ist in unserem Rechtsstaat durch das Grundgesetz gedeckt.*

*Wir versichern unsere volle Solidarität mit Herrn Kilic und bitten die Bundesregierung, mit Nachdruck sich für Herrn Kilic einzusetzen und bei den zuständigen türkischen Stellen entsprechend zu intervenieren.“*

**gezeichnet**

Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung  
*Nein 2*

## Begründung:

Im September und Dezember 2019 wurde in vielen deutschen Medien über den Fall Kilic berichtet, unter anderem der Spiegel, die Zeit und der Tagesspiegel. Hintergrund der Anklage sind Aussagen von Herrn Altstadtrat Memet Kilic in einem Interview mit einer türkischen Online-Zeitung aus dem Jahr 2017.

Der Spiegel schreibt dazu:

Herr Kilic wird Beleidigung des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan vorgeworfen. Die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara stuft in ihrer Anklageschrift laut der Nachrichtenagentur dpa mehrere Aussagen von Herrn Kilic in einem Interview mit der türkischen Internetzeitung "ABC Gazetesi" aus dem Juli 2017 als beleidigend für das Staatsoberhaupt ein.

Darin hatte Herr Kilic unter anderem gesagt: "Der Schaden, den Erdogan der Türkei zugefügt hat, ist untragbar." Und weiter: "Ich bin als Politiker mit türkischen Wurzeln sehr traurig darüber, dass mein Land in diese Lage gebracht wurde und bezeichne diejenigen, die es in diese Lage gebracht haben, als Vaterlandsverräter." Die Anzeige hatte das Rechtsbüro des Generalsekretariats im Präsidentialamt erstattet. Erdogan ist in der Klageschrift als Geschädigter aufgeführt.

Der Fahndungsbefehl gegen Kilic ist von einem türkischen Gericht im Dezember 2019 ausgesprochen worden, nachdem er nicht zum Prozessauftakt in der Sache erschienen war.

Herr Kilic war von 21.09.2004 bis 23.09.2009 Mitglied des Gemeinderates der Stadt Heidelberg, des Ausländer- und Migrationsrates und von 2009 bis 2013 Bundestagsabgeordneter.

Bei einer rechtskräftigen Verurteilung in der Türkei besteht die Gefahr, dass er die Vollzulassung als deutscher Rechtsanwalt verlieren könnte.

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg wird gebeten, sich durch Beschlussfassung über den vorgeschlagenen Resolutionstext für sein ehemaliges Mitglied einzusetzen.

gezeichnet  
Prof. Dr. Eckart Würzner

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der AfD vom 10.02.2020 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2020)</b>